

Norwegen nach dem Arbeitersieg

Autor(en): **Fischer, Alfred Joachim**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **28 (1949)**

Heft 11

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

28. Jahrgang

November 1949

Heft 11

ALFRED JOACHIM FISCHER

Norwegen nach dem Arbeitersieg

Trondhjem, Ende Oktober 1949.

Die norwegischen Stortingswahlen vom 10. Oktober 1949 haben fast alle politischen Propheten ebenso enttäuscht wie Trumans Wahl. In dänischen und schwedischen Zeitungen tauchten bereits Kombinationen über eine bürgerliche Nachfolgeregierung des Arbeiterkabinetts Gerhardsen auf. Bestenfalls wurde der herrschenden Partei vorausgesagt, daß sie ihre parlamentarische Ein-Mann-Majorität halten würde.

Statt dessen stieg die Zahl der Arbeitersitze von 76 auf 85, wurde also die sozialistische Mehrheit eine respekablere und solidere, obgleich Norwegens Kommunisten ihre elf Mandate verloren. Wichtiger als eine solche Mandatsarithmetik bleibt aber die Tatsache, daß auch an Stimmengewinnen keine andere Partei die Gerhardsens nur annähernd erreicht, wengleich durch ein größer gewordenenes Elektorat alle – mit Ausnahme der Kommunisten – Zuwachs erhielten. Ministerpräsident Gerhardsen und seine Exekutive sind über dieses Vertrauensvotum des Volkes glücklicher als über alle vorangegangenen parlamentarischen Erfolge. (897 692 Stimmen statt 609 255 im Jahre 1945.)

Von bürgerlicher und an erster Stelle von konservativer Seite versucht man, diesen Sieg durch Zifferngegenüberstellungen etwas zu verkleinern. So rechneten am 14. Oktober Rechtsblätter bereits aus, daß die Arbeiterpartei zwar über 45,8 Prozent der Wähler verfüge, ihre bürgerlichen Gegenspieler zusammen aber über 49,4 Prozent. Ja, «*Aftenposten*», das bedeutendste konservative Organ, erklärte rund heraus, Ministerpräsident Einar Gerhardsen müsse sich der Tatsache bewußt sein, eine Parlamentsmajorität, aber nicht die Majorität des Volkes hinter sich zu haben.

Dabei wurde aus polemischen Gründen eine wichtige Tatsache vergessen: Diese 45,8 Prozent (bei den endgültigen Resultaten kann nur eine ganz unwesentliche Verschiebung eingetreten sein) bedeuten eine geschlossene und politisch bewußte Einheit, während die propagandistisch aufgebauchten 49,4

Prozent in sich zersplittert sind. Wer mit den bürgerlichen Parteiführern Norwegens unter vier Augen sprach, der weiß, daß vielen beim Gedanken an einen umgekehrten Wahlausgang nicht ganz wohl zumute war, weil die Voraussetzungen zur gemeinsamen Verantwortung fehlten. Bis auf geringfügige Ausnahmen kamen ja nicht einmal die von den Konservativen vorgeschlagenen Listenverbindungen zustande.

Im Gegensatz zu Schweden, wo Professor Bertil Ohlins Liberale Partei eine alle Komponenten bürgerlicher Politik zusammenfassende Plattform geworden ist und ihr innerhalb jeder etwa kommenden nichtsozialistischen Kombination die Führerrolle ganz selbstverständlich zufallen würde, gibt es kein solches Instrument in Norwegen. Seine *Konservativen* (23 Sitze statt bisher 25) müssen zugeben, daß einige Kontrollen noch notwendig sind, stehen aber im großen und ganzen *Laisser-faire*-Prinzipien am nächsten und sind somit liberaler als die Liberalen. Die *Christliche Volkspartei* (9 Sitze statt 8, bei höchstem Stimmengewinn unter den bürgerlichen Gruppen) hat durch Kandidatur in vielen neuen Bezirken die nichtsozialistischen Wähler weiter zersplittert. Von Konservativen und Liberalen wurde sie während des Wahlkampfes schärfer angegriffen als selbst die politische Konkurrenz zur Linken. Auf Bergpredigtidealen basierend und strikt abstinenzlerisch ist sie eine sozial fortschrittliche Bewegung. Im Wettkampf fordern Christliche Volkspartei und *Venstre* (Liberale) größere staatliche Fürsorge für Geistesgestörte, Schwachsinnige usw. Erstere besteht hauptsächlich aus liberalen Dissidenten. Die verschiedenen religiösen Sekten, vor allem Westnorwegens, mit ihren größtenteils pietistischen Idealen, spielen für sie eine ähnliche Rolle wie die Gewerkschaften für die Arbeiterpartei. Keinesfalls darf man solche Tendenzen unterschätzen. So hat «*Vart Land*», ein betont christliches Blatt, einen großen Leserkreis, obgleich es Filmkritiken und Kinoanzeigen als «zu leicht» ablehnt. Als sie vor kurzem Protestlisten gegen die Verteilung von Präventivmitteln an norwegische Okkupationstruppen in Deutschland auflegte, wurden 500 000 Unterschriften gesammelt. (Norwegens Bevölkerung zählt rund 3 000 000.)

Venstre (21 Sitze statt 20) hat im norwegischen politischen Leben eine große Tradition. Ihr Parteiapparat ist älter als der konservative. Sie war Trägerin des Lösungsgedankens von der Union mit Schweden und stellte vor den Arbeitersiegen die meisten Regierungen. Nunmehr aber fingen andere Gruppen viele der liberalen Gedanken auf. Das religiöse Fundament teilt sie mit der Christlichen Volkspartei. Unbestritten waren die Liberalen sozial avantgardistisch. Heute aber gibt es in Norwegen keine Partei, die auf eine fortschrittliche Sozialpolitik verzichten oder auch nur ohne sie bestehen

könnte. Hinzu kommen Meinungsverschiedenheiten im eigenen Lager. Ein Kreis um das Osloer «*Dagbladet*», das trotz seinem Boulevardcharakter Einfluß besitzt, will von den festverwurzelten christlichen Traditionen nicht mehr allzuviel wissen. Daraus ergeben sich Stimmenverluste zugunsten der Christlichen Volkspartei in Westnorwegen, ohne daß die Hauptstadt sie mandatsmäßig ausgeglichen hätte. Auch rein wirtschaftlich fehlt die feste Linie Ohlins. So unterstützen der «*Dagbladet*»-Kreis und einige andere Elemente den Kurs Thagaards, Schöpfer des Lex Thagaard. Darin wurden die verschiedenen Preiskontrollen grundsätzlich festgelegt und von ihm — wie seine Gegner behaupten — etwas diktatorisch verwirklicht. Persönlichkeiten, die sich als echte Liberale bezeichnen, aber außerhalb der Partei stehen, bekämpften den Preiskontrolleur Thagaard womöglich noch heftiger als den sozialistischen Minister für Planwirtschaft (nicht seinen Titel aber seine Aufgabe) Eric Brofoss. Dazu gehören Dr. h. c. Christophersen, Direktor des Christian-Michelsen-Institutes, Norwegens Chatham House und Trygve B. Hoff, Chefredakteur von «*Framand*», ein Organ für Manchester-Liberalismus. In «*Framand*» erscheinen nichtsdestoweniger Werbeinserate des sozialistischen Zentralorgans «*Arbeiderbladet*». Die Parteimehrheit steht extremem Liberalismus fern. Christian S. Oftedal, ein hervorragender, christlicher Humanist, der als Chefredakteur des liberalen «*Stavanger Aftenbladet*» von den Deutschen zum Tode verurteilt worden war — die Venstrepresse führt immer noch in verschiedenen wichtigen Plätzen — lehnt Kontrollen nicht grundsätzlich ab. Beim Häuserbau wünscht er sogar eine Verschärfung: durch weitgehende Standardisierung ohne Rücksicht auf privatkapitalistische Vorrechte und gewerkschaftliche Lohninteressen.

Betrachten wir schließlich innerhalb der bürgerlichen Gruppierungen die Bauernpartei (12 statt 10 Sitze, bei sehr geringem Stimmengewinn), so begegnet uns eine reine Interessengruppe, der von vielen Norwegern den Deutschen gegenüber Opportunismus vorgeworfen wird und in deren Exekutive sich hinter den Kulissen Machtkämpfe zwischen reaktionären und fortschrittlichen Kräften abspielen.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die Christliche Volkspartei und die Mehrheit der Liberalen in ihrer Grundhaltung den Arbeitern weit näher stehen als den Konservativen. Wenn also ein so beträchtlicher Teil des norwegischen Volkes der Arbeiterpartei sein Vertrauen aussprach, so beweist das wohl Instinkt für konstruktive Möglichkeiten während einer noch lange nicht abgeschlossenen Periode des Wiederaufbaus.

Man hat den sozialistischen Erfolg mehrfach als einen persönlichen Sieg zweier Männer bezeichnet: des Ministerpräsidenten Einar Gerhardsen und

des Außenministers Halvard Lange. Beide lehnten während der mir gewährten Interviews diese These entschieden ab.

Langes Außenpolitik — Marshallhilfe und Atlantikpakt — wurde von den Kommunisten so stark in die Agitation hineingezogen, daß sie daraus, um mit Gerhardsen zu sprechen, ein Plebiszit machten. Im norwegischen Volk ist das Ja zur außenpolitischen Regierungslinie ein fast einheitliches. Seit dem tschechoslowakischen Staatsstreich, der auch Halvard Langes Hoffnungen auf eine skandinavische Brückenmission zwischen den beiden Welten zerstörte, wurde man hier noch bewußter westlich. Das innere Verhältnis des Norwegers zu Amerika und England ist nicht nur herzlich wie immer, sondern auch betont alliiert ohne die Neutralitätshemmungen der Vorkriegszeit. Großbritannien fühlt man sich noch stärker verbunden, da bei Anerkennung aller Vorteile aus der Marshallhilfe, bestimmte Kreise Befürchtungen vor amerikanischer Wirtschaftsexpansion nur schwer unterdrücken.

Unter den Arbeiterabgeordneten war die Neutralitätstradition noch lebendig genug, um anfangs einige Opposition gegen Norwegens Atlantikpaktbeteiligung hervorzurufen. Dann stimmten aber nur zwei der damals 76 Fraktionsmitglieder dagegen. Im Grunde und schon aus vererbtem Individualismus antimilitaristisch, nimmt das durch die Erfahrungen des 9. April 1940 gewarnte norwegische Volk seine Verteidigungspflichten sehr ernst. So wurde die zum großen Teil nach Schweizer Milizvorbild organisierte Heimwehr eine wirkliche Anti-Invasionsarmee. Norwegische sportliche Höchstleistungen im Skifahren, Scharfschießen usw. sind geschickt ausgewertet worden. Jens Hauge, der junge, während des militärischen Widerstandes durch seine Führungstalente bekanntgewordene Verteidigungsminister, kämpfte in Neuyork und bei anderen Inter-Atlantikpakt-Konferenzen sehr energisch für ausreichende Waffenhilfe, mit der man neben der bewährten Kriegsmarine auch andere Formationen ausbauen und modernisieren wird.

Kann also innerhalb der Arbeiterpartei von keiner Atlantikpaktopposition mehr die Rede sein, so sind auch sonst die internen Gegensätze gering. Ein kleiner, mehr orthodoxer Flügel kritisiert die schleppend und sich zunächst in Vorbereitungen erschöpfende Sozialisierungspolitik. Zahlenmäßig und in seiner Aktionsfähigkeit steht er jedoch hinter den englischen Labourrebellentendenzen weit zurück.

So kann der objektive Beobachter eine vorbildliche Parteieinheit feststellen, wie sie während der radikaleren Vergangenheit und der damaligen Zersplitterung in drei Gruppen kaum denkbar gewesen wäre (rechts, radikal und extrem). Schmied dieser Einheit ist Gerhardsen. Der durch Selbstbildung vielseitig interessierte und informierte Ministerpräsident, dessen illegale

Widerstandsführung selbst im Konzentrationslager nicht endete, hat nie vergessen, daß er als Straßenbauarbeiter begann. Der Austausch seiner offiziellen Staatswohnung gegen eine private und gemütlichere im Arbeiterblock ist für ihn charakteristisch.

Gerhardsens eigentliche Stärke aber liegt nicht nur darin, daß er die Loyalität der Partei besitzt, vielmehr in der Bewunderung und Verehrung auch der politischen Gegner. Sein Festhalten am *fair play* und der Wille, jeden guten Vorschlag einer Oppositionsgruppe genau zu studieren und zu verhandeln, errangen ihm diese Position.

Man hat ihm trotz allem nach vierjähriger Regierung unter nicht immer günstigen Voraussetzungen den Sieg nicht ganz leicht gemacht. Dieser Wahlkampf war schärfer und aggressiver als sonst in Norwegen. Von konservativer Seite wurde nach oft bewährter Methode gearbeitet und auf schreienden Plakaten Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus und Sozialismus auf die gleiche Linie gebracht. Während aber eine solche Propaganda bei den Wahlen in Österreich, die einen Tag vor den norwegischen stattfanden, reiche Früchte trug und den antikommunistischen österreichischen Sozialisten unvorhergesehene Schlappen einbrachte, war der nüchternere Norweger dadurch nicht beeinflussbar. Taktisch hatten die Konservativen einen zweiten Fehler gemacht. Allzu scharfe Angriffe gegen einen tatsächlich etwas langsam funktionierenden Beamtenapparat mit den vielleicht kürzesten Bürostunden in Europa, kosteten sie viele sonst sichere Stimmen. Auch Hambro, der Parteichef, dessen Initiative und Organisationsgenie 1940 dem norwegischen Kabinett jene legalen Grundlagen sicherten, die andere Regierungen so dringend gebraucht hätten, war nicht überzeugend genug, um auszugleichen. Beim öffentlichen Rededuell mit Gerhardsen auf dem Stortingplatz verschwendete der Konservative das brillierendere rhetorische Feuerwerk, die ruhigen Argumente seines in der Osloer Mentalität großgewordenen Gegners aber hatten eine nachhaltendere Wirkung. Auch während der Rundfunkdebatten, an denen alle Parteien teilnahmen, verteidigten die Arbeiter ihre Politik unpatetisch, aber geschickt und gut fundiert. Sie können einen großen Vorteil für sich buchen. Auf das Aufbauprogramm des Landes, das in engster Zusammenarbeit geschaffen wurde, sind sämtliche Parteien festgelegt. Diejenige, die es trägt und praktisch durchführt, gewinnt damit an Prestige und Anhängerschaft.

Ironisch wird hier und da von der «Königlich Norwegischen Arbeiterpartei» gesprochen. Damit ist kaum Gerhardsens freundschaftliches Verhältnis mit Haakon VII. gemeint. Daß sich ein kämpfender König und ein Widerstandsführer gut miteinander vertragen und frühere wahrscheinlich

gegenseitige Vorurteile vergessen, erscheint in diesem Lande mit seinen großen Widerstandstraditionen selbstverständlich, die sich übrigens auch (bis auf Ausnahmen) in der Besetzung verantwortlicher öffentlicher Stellungen äußern. Haben nun aber Norwegens Sozialisten ihren revolutionären Schwung verloren? Noch zu Beginn der zwanziger Jahre gehörten sie der dritten Internationale an. Gerhardsen selbst war ein radikaler Führer und ein betonter Pazifist, der vor dem Königspalast demonstrierte und arrestiert wurde. Solch extreme Haltung gehört der Vergangenheit an. Wenn Norwegens Arbeiterpartei auch immer noch etwas radikaler ist als die Schwedens und Dänemarks, so handelt es sich heute eher um Nuancen als um Prinzipien. Marxistische Ideologien spielen in der Parteidiskussion keine so hervorragende Rolle mehr wie bis 1930. Sie wurden aber nicht aus der Ideologie gestrichen. Immer noch bildet die ökonomische Geschichtsauffassung das programmatische Fundament. Hatte aber früher die parteioffizielle Sprache viel von der deutschen Leidenschaft des Theoretisierens, so brachte der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Faschismus eine realere Note mit sich. Gerhardsen selbst bestätigte mir, daß Brot und volle Beschäftigung wichtiger geworden seien, als ununterbrochene marxistische Analysen.

Daraus ein Aufhören des revolutionären Schwunges herzuleiten, wäre jedoch oberflächlich. Nur die Schwerpunkte haben sich verschoben. Die Art, wie Brofoß das ökonomische Leben einer einzigen Planwirtschaft mit den Freilisten als bescheidene Ventile umorganisierte, hat auch etwas Revolutionäres. Sie umfaßt weit mehr Gebiete als etwa in England. Durch Verbraucherkontrollen, Steuernivellierungen, damit verbundene Einkommensbeschränkungen usw. fand eine stille Revolution statt, die schon vorher nicht gerade krasse Klassenunterschiede nahezu beseitigte. Daraus resultieren wiederum interessante Verlagerungen. Nach Gerhardsens Bekenntnis war er weit mehr um den Wahlausgang der Städte als des flachen Landes besorgt. Dort hat der durch Staatssubventionen und ganz neue Methoden der Rationalisierung sowie des genossenschaftlichen Zusammenschlusses begünstigte Fischer und Kleinbauer (Norwegens karger Boden bietet dem Großgrundbesitz keine Chancen) den Weg zur Arbeiterpartei gefunden. Große, die Preisgestaltung positiv beeinflussende Nachfrage ihrer Produkte auf den ausgehungerten europäischen Märkten wurde auf das Regierungskonto gebucht und beschleunigte diesen Prozeß.

Nunmehr ist also die Arbeiterpartei auch eine Partei der Bauern und Fischer, ohne dabei des Industrieproletariats, das die marxistische Lehre als Kern fördert, verlustig gegangen zu sein. Die Gewerkschaften zählen 460 000 Mitglieder statt 300 000 im Jahre 1939. Darunter sind laut Majoritäts-

beschließen rund 50 Prozent der Arbeiterpartei kooperativ angeschlossen, während die Zahl der Wähler weit höher, nämlich auf 350 000 geschätzt wird. Wenngleich noch immer ein Faktor, schmelzen nach allen Betriebswahlen die kommunistischen Vertrauensmänner weiter dahin.

In den Städten ist das Leben nicht ohne Härten. Ständige Abwanderung vom Lande in die Stadt macht das Wohnungsproblem dort noch schwieriger. Oslo hat sehr oft Mangel an ohnehin niedrig rationiertem Fleisch, gutem Frischfleisch, frischen Gemüsen und Obst. Grundsätzlich wurden im Interesse des dem allgemeinen Aufbau dienenden Imports und Exports die Möglichkeiten der norwegischen Verbraucher weitgehend eingeschränkt. Mit etwa einem Anzug und einem Hemd hat ein Mann seine Jahresration an Textilien verbraucht. Abgesehen von Fisch, Brot, Kuchen, dem nicht allzu populären Tee, sehr teurem staatsmonopolisiertem Alkohol, Tabak, dessen Einfuhr zur Aufrechterhaltung der Moral nicht eingeschränkt werden konnte, und manchmal schwer erhältlichen Eiern, Käse, Gemüsen und Früchten, sind so ziemlich alle Genußmittel rationiert. Die norwegische Regierung veröffentlichte eine aufschlußreiche Statistik. Verglichen mit 1938 war danach 1948 der Gesamtverbrauch der meisten Lebensmittel immer noch beträchtlich gesunken, darunter Speck auf nur 61 Prozent, Zucker auf 66 Prozent, Fleisch auf 68 Prozent und Kaffee auf 70 Prozent. Eine leicht aufsteigende Tendenz bewiesen Kartoffeln (+ 3 Prozent), Butter (+ 6 Prozent), Milch (+ 9 Prozent) und eine sehr wesentliche, Gemüse (+ 45 Prozent).

In Schweden und Dänemark — ersteres nahm durch den Krieg praktisch keinen, letzteres weit geringeren Schaden, so daß sich beide weniger strikte Kontrollen leisten können — folgte man aus solchen Statistiken eine Abwärtsbewegung der Arbeiterpartei. Darin lag ein Denkfehler. Es handelte sich nämlich um eine Statistik der Ziffern, aber um keine soziologische. Der Lebensstandard des Arbeiters, Bauern und Fischers, dessen Durchschnittseinnahme von 700 Kronen jährlich um ein Vielfaches anstieg, ist höher denn je zuvor. Alle Einschnitte treffen kleinere Schichten. Die Massen stehen ihnen indifferent gegenüber, weil sie sich waren- und mengenmäßig mindestens dasselbe leisten können wie früher. Aus einem Arbeitslosenproblem mit erschreckenden sozialen Perspektiven ist ein Problem mangelnder Arbeitskräfte geworden. Heute geht es nicht mehr um Stellenbeschaffung, sondern um Erhöhung der durch die Sabotagepraxis teilweise etwas eingeschränkten Arbeitseffektivität.

Ein Hauptvorwurf der Opposition ist es, daß die Regierung durch falsche Steuerpolitik, zu starke Warenkontrollen und ungenügende Abschöpfung des von den Deutschen verschuldeten anormalen Banknotenumlaufes den Anreiz

an bezahlten Überstunden, Akkordleistungen, Frauenarbeit und kaufmännischer Privatinitiative herabmindere.

Dänische Saisonarbeiter finden hier in der Landwirtschaft Beschäftigung, wie überhaupt die interskandinavische Zusammenarbeit immer mehr geistige und wirtschaftliche Gebiete umfaßt und auch durch Schwedens beibehaltene Neutralitätspolitik nicht beeinträchtigt wird. Im Interesse Finnlands bringt man ihr Verständnis entgegen. Gegenüber den Bestrebungen nach einer skandinavischen Zollunion verhält sich Norwegen etwas reserviert. Seine Ausfuhr nach Schweden und Dänemark besteht nämlich hauptsächlich aus Waren mit geringem Zoll, bei einer Einfuhr im umgekehrten Verhältnis. Großes Interesse herrscht hingegen für industrielle Zusammenarbeit auf skandinavischer Basis. Von solcher Zusammenarbeit könnte der norwegische Wiederaufbau profitieren, der planmäßig 1952/53 vollendet sein soll, bei gleichzeitiger Aufhebung der Lebensmittelrationen bis dahin¹. In Stadien will man diese Kontrolle bereits vorher weitgehend lockern. Seit dem Tiefstand von 1947 sind durch Marshallhilfe bereits fühlbare Verbesserungen eingetreten. Schließlich ist ja Norwegen ein auf Lebensmittel- und vor allem Getreideeinfuhr vital angewiesenes Land.

Um das bisher Erreichte richtig einschätzen zu können, muß man sich vor Augen halten, was Norwegen im Kriege verloren hat, nämlich zwei Milliarden Dollar oder einen Fünftel des Nationalvermögens. Die Hälfte seiner Handelsflotte, mit der es einen Drittel aller Importe deckte, wurde vernichtet, und Finnmark, die nördlichste Provinz, total das Opfer der deutschen Brennenden-Erde-Taktik. Auch in anderen Teilen des Landes waren die Schäden durch Krieg und Sabotage wesentlich. Eisenbergwerke, wie überhaupt die Eisenindustrie, sind nahezu zerstört worden.

Beim Wiederaufbau wurden die Handelsmarine, Fisch- und Walfischflotte an erster Stelle bevorzugt. 1948 hatte Norwegens schwimmendes Weltreich bereits 90 Prozent der Vorkriegstonnage erreicht, heute sind es über 100 Prozent. In Norwegen herrscht, wie sich die Norweger selbst ausdrücken, ein schon etwas romantischer Glaube an diese Brücke über die Ozeane, von der ein so beträchtlicher Teil des Volkes direkt und indirekt lebt. Daher wurden gegen ihre devisenmäßige Bevorzugung kaum Proteste laut. Traditionsgemäß legte man auf weitgehende Spezialisierung Wert, während etwa die amerikanische Handelsmarine Standardtypen bevorzugt.

Bisher können die durch den Wiederaufbau notwendigen steigenden Importe von der Handelsmarine nicht in alter Höhe mitgedeckt werden, da die

¹ Jährliche Nettoinvestitionen: 250 Millionen Dollar.

Frachttarife geringer anstiegen. Nordnorwegen ist mehr als zur Hälfte wieder aufgebaut; eine doppelt anerkennenswerte Leistung, wenn man die geographischen Schwierigkeiten bedenkt. Von Oslo aus ließe sich Marokko rascher aufbauen als Finnmark.

Bergwerke, wie überhaupt die Metallindustrie, können nur sehr langsam ihren Vorkriegsstand erreichen. Immerhin hofft man, die bekannten Eisenwerke in Südwaranger 1950 auf 50 Prozent der Vorkriegsproduktion zu bringen. Es herrscht eine gute «Austerity»-Disziplin. Bei aller Wohnungsnot, die sogar Eheschließungen verlangsamt, wird nicht gemurrt, wenn wichtige Industriebauten wie Elektrizitätswerke, den Vorrang haben. Im Gegensatz zu Deutschland kommen Geschäfte, Restaurants und jede Art von Luxusbauten an letzter Stelle, das heißt sie müssen warten. Das Wohnbauprogramm der Regierung konnte wegen Schwierigkeiten an Material und Arbeitskraft nur zu etwa 60 bis 80 Prozent erfüllt werden. In den Arbeitervierteln wuchsen aber bereits modernste Häuserblocks aus dem Boden, wie ja überhaupt der Begriff *Slum* ein unbekannter ist, und die National Housing Bank of Norway gewährt neben Gemeinden, Genossenschaften und öffentlichen Körperschaften auch Privatunternehmern großzügige Kredite.

Natürlich erfolgt das Wohnbauprogramm auf Kosten der Exportindustrie, da Bauholz, Aluminium und elektrochemische Produkte heute hauptsächlich für den Eigenbedarf reserviert sind, statt der Ausfuhr zu dienen. Trotz allen angedeuteten Schwierigkeiten ist die Gesamtproduktion im Verhältnis zur Vorkriegszeit um 20 bis 25 Prozent gestiegen, bei 135 000 Mehrbeschäftigten. Bis 1952, das heißt bis zum Ende der Marshallhilfe, wird sich diese Aufwärtsentwicklung jedoch stärker auf den Export verlagern müssen. Dabei dürfte der trotz unfreundlicherer Haltung von Rußlands Presse und Rundfunk Norwegen gegenüber größer gewordene Handel mit dem Osten, einschließlich Finnlands, eine wesentliche Rolle spielen. (Ausfuhrdurchschnitte: 1938/39 7,4 Millionen Dollar, 1947 37,1 Millionen Dollar, 1948 rund 60 Millionen Dollar; Einfuhrdurchschnitte: 1938/39 15,6 Millionen Dollar, 1947 37,5 Millionen Dollar und 1948 über 60 Millionen Dollar.)

Auch mit West- und Ostdeutschland beweist der Warenaustausch eine aufsteigende Tendenz. Obgleich gefühlsmäßige Verbitterung gegen die Deutschen noch nicht geschwunden ist, braucht Norwegen diese einst sehr bedeutungsvolle Einfuhrquelle, soll sein Handelsdefizit mit der Dollarwelt nicht noch anormalerweise ansteigen. An Sozialisierungen ist nur ein Staatsmonopol für den Import von Futtermitteln und Apothekerwaren vorgesehen. Innerhalb der kommenden vier Jahre sollen die Nationalisierungsmöglichkeiten von Großbanken und Versicherungsgesellschaften untersucht werden.

Bei diesem großen Aufbauprogramm, das neben ECA-Krediten Auslandsanleihen von rund 140 Millionen Dollar aus Amerika, Kanada und Schweden erforderte, vernachlässigte die norwegische Regierung ihr Sozialprogramm nicht. Als erstes Land führte sie eine Feriengesetzgebung (drei Wochen jährlich) ein. Die Kinderbeihilfe von 180 Kronen jährlich wird vom zweiten Kind an gewährt, bei nur einem Versorger jedoch vom ersten an, wodurch in der Hauptsache unehelich Geborene besonders geschützt sind. Neben vielen anderen Sozialreformen ist eine sehr fortschrittliche Pensionsgesetzgebung für Seeleute und eine großzügige für die Opfer des Krieges erwähnenswert.

Auch auf diesem Gebiet wird Norwegens Arbeiterkabinett in den nächsten vier Jahren fortschreiten. Politisch hat Gerhardsen der Opposition eine Änderung der Wahlordnung versprochen, die die größte Partei in geringerem Ausmaß bevorzugen soll. Das bisherige System hat beträchtliche Schönheitsfehler. So errangen die Kommunisten mit über 100 000 Stimmen nicht einen Sitz (1945: 176 000 Stimmen).

Seit den Wahlen haben sich innerhalb des norwegischen Kommunismus interessante Entwicklungen ereignet. Vor dem Kriege hatte er niemals Wurzeln geschlagen, und mit einem Wählerdurchschnitt von 1,7 Prozent, genau wie die Nazi, kein Mandat erobert. 1944/45 wuchs dann die Mitgliederzahl rapid. Im Gegensatz zu den anderen Parteien, hielten die Kommunisten einen eigenen Organisationsapparat aufrecht, der mit der interparteilichen Abwehrfront zusammenarbeitete, ohne ihr jedoch direkt anzugehören. So waren sie die einzige politische Bewegung, die nicht neu anfangen mußte. Ihre großen Verluste erhöhten das Prestige. Weltpolitische Ereignisse (Tschechoslowakei, Berlin und Jugoslawien) dienten jedoch als Abschreckmittel. Viele kommunistische Positionen in der Metallgewerkschaft gingen verloren, und die von kommunistischer Seite inszenierten wilden Streiks des Vorjahres in Telemark brachten auch keinerlei zahlenmäßigen Gewinn. So bleibt Oslos ungelernete Arbeiterschaft die einzige Hochburg, die aber auch langsam abbröckelt.

Nach der Wahlkatastrophe — 1945 gab es immerhin elf kommunistische Abgeordnete — kam es zu den überfälligen inneren Auseinandersetzungen. Strand Johansen und Lövlien, zwei hundertprozentige Stalinisten, setzten sich vollkommen durch. Zum Teil nicht ganz ohne Brachialgewalt, entfernten sie alle sogenannten Titoisten aus dem Parteibüro. Peder Furubotn ist der prominenteste Mann dieser Kategorie. Am 10. Oktober stand er noch an zweiter Stelle auf der kommunistischen Wahlliste, direkt nach Lövlien.

Als erstes sichtbares Resultat haben also die norwegischen Stortingwahlen eine Aufspaltung des Kommunismus mit sich gebracht. Sie wird den

Aufbau der kommenden vier Jahre, hinter dem alle anderen Parteien, ohne Rücksicht auf ideologische Gegensätze geschlossen stehen, eher fördern als beeinträchtigen.

ANNA SIEMSEN

Der Europäer Josef Bloch

In diesen Zeiten der Europabewegungen, -räte und -tagungen werden gern und häufig alle denkbaren Ursprünge europäischer Einigungsbestrebungen hervorgesucht, mit Heinrich IV. von Frankreich angefangen bis zum Grafen Koudenhove und seinem Paneuropa. Merkwürdigerweise vergißt man dabei, soweit ich gesehen habe, vollständig einen Mann, der drei Jahrzehnte unseres Jahrhunderts hindurch all seine Kräfte und seinen in einem gar nicht engen Kreise sehr erheblichen Einfluß eingesetzt hat, die Forderung nach einem engen europäischen Zusammenschluß nach allen Richtungen zu studieren und seine Freunde dafür zu gewinnen. Ich meine Josef Bloch, den Herausgeber der «Sozialistischen Monatshefte».

Es ist nicht verwunderlich, daß die bürgerlichen Historiker und Politiker über ihn hinwegsehen, um so betrüblicher aber, daß auch die sozialistischen Kreise anscheinend vergessen haben, daß einer der ihren den heute so populären Gedanken als erster nicht etwa gelegentlich aufgeworfen, sondern ihm das Studium eines Lebens gewidmet hat.

Bloch ist in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vor allem bekannt als Herausgeber der «Sozialistischen Monatshefte», die seit dem Ende der neunziger Jahre bis zu Hitlers Usurpation das Forum der «Revisionisten» waren, derjenigen sozialistischen Theoretiker, welche zwar von Marx ausgingen, aber im Gegensatz zur Kautskyschen Richtung standen, wobei sie nicht nur einzelne Resultate der Marxschen Analyse kritisierten, sondern vor allem die Umgestaltung der Gesellschaft weniger von einer einmaligen Machtergreifung erwarteten als von der Kumulierung von Einzelreformen, bei denen die Quantität schließlich in die Qualität umschlagen werde. Sein Kreis wies starke Verwandtschaft auf mit den englischen Fabiern: das gleiche Interesse für praktische Aufgaben, die gleiche wissenschaftliche Gründlichkeit, die gleiche Aufgeschlossenheit auch entgegenstehenden Ansichten gegenüber. Er hat aber nie den gleichen Einfluß in Deutschland gewonnen wie die Fabier in England. Die sozialistischen Monatshefte wurden wahrscheinlich in bürgerlichen intellektuellen Kreisen mehr gelesen und beachtet als in den eigentlichen Parteikreisen, haben aber sicherlich sehr viele Intellektuelle zuerst für den Sozialismus gewonnen.

Blochs besondere Begabung war es, Mitarbeiter zu gewinnen und anzuregen. Er war ein vorbildlicher Herausgeber, der die Linie seiner Zeitschrift durchaus bestimmte, selbst aber wenig schrieb.

Unter dem Eindruck der Chamberlainschen Zollpolitik und der allmählichen Abkehr Großbritanniens vom Freihandel zu einer ausgesprochenen Imperiumspolitik hat Bloch so früh wie 1908 die These aufgestellt, die er dann durch drei Jahrzehnte bis zu seinem